

# Schwarzwälder Tageszeitung

Gegründet 1877

## 'Aus den Tannen' Fernsprecher Nr. 11

Heimblatt für den Bezirk Hagold und für Altsiedler-Stadt. Allgemeine Anzeiger für die Bezirke Hagold, Calw und Freudenstadt.

Bezugspreis: Im Monat Februar 1200 M. mit Zustellungsgebühr. Ein einzelnes Exemplar 50 M. Anzeigenpreis: Die einspaltige Zeile über dem Raum 80 M., die Restzeile 400 M. Mindestbetrag bei Nichterschienen der Zeitung infolge Meeresgewalt oder sonstiger Unfälle 200 M. Bei Wiedergabe von Anzeigen ist der Rabatt einräumig.

Nr. 33.

Montag, Freitag den 9. Februar.

Jahrgang 1918

### Deutsche Einspruchnote.

Berlin, 8. Febr. Der deutsche Geschäftsträger in Paris hat der französischen Regierung folgende Note übergeben:

„Die französische Regierung hat in der vom 2. Februar datierten und am 4. Februar der deutschen Botschaft übermittelten Verbalnote der deutschen Regierung eine Verletzung des Vertrages von Versailles vorgeworfen, die dadurch begangen worden sein soll, daß die Reichsbahnverwaltung die Durchführung der internationalen Züge Paris—Bularek und Paris—München—Prag eingestellt hat. Sie hat zugleich angekündigt, daß sie als „Sanktion“ für diese angebliche Vertragsverletzung die deutschen Städte Offenburg und Apenweier besetzen werde. Die Besetzung der beiden Städte ist jedoch am Tage der Uebermittlung der Note tatsächlich schon durchgeführt worden. Die deutsche Reichsbahnverwaltung hat sich infolge Kohlenmangel und anderer durch den französisch-belgischen Einbruch in das Ruhrgebiet verursachten Verkehrsschwierigkeiten zur Einstellung einer großen Anzahl jahresplanmäßiger Zugverbindungen des internationalen und des innerdeutschen Dienstes gezwungen gesehen. Es ist richtig, daß sich darunter auch die beiden in der Note genannten Zugpaare befinden. Zeit und Umstände jedoch geben dieser Anordnung der Reichsbahnverwaltung offensichtlich den Charakter einer vorübergehenden Notstandsmaßnahme. Von einer Vertragsverletzung kann daher keine Rede sein. Selbst wenn aber eine formale Verletzung des Vertrages vorläge, müßte es als das Herrbild eines Friedenszustandes betrachtet werden, daß die französische Regierung eine Maßnahme von so untergeordneter Bedeutung, wie die Einstellung zweier Zugverbindungen zum Anlaß nimmt, ohne weiteres ihre Truppen in deutsche Städte einmarschieren zu lassen.“

Allerdings hat die französische Regierung, um das schreiende Mißverhältnis zwischen dem Besatzverhältnis und der von ihr verfügbaren Maßnahme zu verdecken, den Versuch gemacht, noch weitere angebliche Vertragsverletzungen Deutschlands heranzuziehen. Demgegenüber verweist die deutsche Regierung auf ihren früheren Notenwechsel mit der französischen Regierung. Sie stellt fest, daß sie in jedem einzelnen Falle den gegen sie erhobenen Vorwurf einer Verletzung ihrer Verpflichtungen in eingehender Begründung entkräftet hat, ohne daß die französische Regierung auch nur verhandelt hätte, die deutschen Argumente zu widerlegen. Einen Rechtsmittel, auf den sie ihr vermeintliches Sanktionsrecht stützen will, führt die französische Regierung nicht an. Ihr stehen also in diesem Falle nicht einmal Scheingründe zur Verfügung. In der Tat handelt es sich um einen Akt reiner Willkür und Gewalt, begangen unter Ausnutzung der Wehrlosigkeit des deutschen Volkes. Die deutsche Regierung erhebt hiergegen vor aller Welt feierlichen Protest.

Dann heißt es u. a. weiter: Am Tage der Uebermittlung der Verbalnote an die deutsche Botschaft ist auch durch die interalliierte Rheinlandkommission in Koblenz dem deutschen Reichskommissar für die belgischen Rheinischen Gebiete eine Note zugestellt, worin sie mitteilt, daß sie unter Billigung der von der französischen Regierung eingeleiteten Besetzung von Offenburg und Apenweier beschlossen habe, diese Gebiete unter das Regime des Präsidenten Kehl zu stellen und die Befugnisse ihres Delegierten in Kehl entsprechend zu erweitern. Keine Bestimmung des Rheinlandsabkommens oder des Vertrages von Versailles gewährt der interalliierten Rheinlandkommission das Recht, das Gebiet ihrer Zuständigkeit eigenmächtig zu erweitern. Die von ihr ausgesprochene „Billigung“ macht die vertragswidrige Maßnahme der französischen Regierung nicht zu vertragsmäßigem Recht und kann ebensowenig der interalliierten Rheinlandkommission den für ihre Anordnung fehlenden Vertrags- und Rechtsmittel ersetzen; vielmehr zeigt dieses Vorgehen erneut, daß die interalliierte Rheinlandkommission sich zum Werkzeug der französischen Politik machen läßt. Auch gegen diesen Rechtsbruch legt die deutsche Regierung Verwahrung ein.

Wegen der Mitwirkung der interalliierten Rheinlandkommission sind entsprechende Vorstellungen bei der englischen und belgischen Regierung erhoben worden.“

### Die Saarfrage.

Das Saargebiet ist eine der brennendsten aller offenen Wunden an dem geschlagenen und geschundenen deutschen Volkstörper, und unsere deutsche Mentalität empfindet die mit allen Mitteln des Betrugs, der List und Gewalt an der Saar getriebene Französisierungspolitik um so abstoßender und widerlicher, als die Regierungskommission des Franzosen Kauls sich in einem heuchlerischen Phrasenmantel des Rechts kleidet, und alle Rechtsbrüche, Gewaltakte und Gemeinheiten im dreimal geheiligten Namen des Völkerbundes geschehen. Wenn der Völkerbund auch nur einigermaßen den bescheidenen Rechten Geltung verschaffe, die der Versailler Vertrag seinem Rind an der Saar gelassen hat, könnte das deutsche Volk mit ruhiger Seele dem Abstimmungstag des Jahres 1934 entgegensehen. Es ist bekannt, wie die vollkommen französisch eingestellte Regierungskommission auf allen Gebieten bemüht ist, das Saargebiet von seinem Mutterlande abzuschneiden und französischer Wirtschaft und Kultur — als sogenannte „Trauhänderin“ Deutschlands — den Weg zu bahnen.

Mit der hanebüchernen Lüge von den 150000 Saarfranzosen, die den Anschluß an Frankreich erstrebten, und von denen niemals auch nur der tausendste Teil wirklich existiert hat, begann das Unglück der Saardeutschen.

Die Regierungskommission des französischen Präfecten Kauls hat deshalb ihre Politik, die 800000 deutsche Menschen mit despotischen Herrschaftsmitteln lediglich als lebendes Inventar zu den in französischen Besitz gelangten Saarbergwerken behandelt, ungehindert treiben können, weil der Völkerbund eben nichts anderes ist, als eine Herrschaftsorganisation der Mitteren zur dauernden Niederhaltung Mittel- und Osteuropas, eine Gesellschaft auf Gegenseitigkeit, unter dem abertagenden Einfluß der nach dem Kriege herrschenden Kontinentalmacht — Frankreich.

Indessen sind nicht alle Trabanten der großen Mitteren immer geneigt, die gehorsamen Willkürer zu spielen, sondern nicht genug, die Dinge gelegentlich bei ihrem Namen zu nennen. Die Reden des Südafrikaners Lord Robert Cecil und des Deutschenfreundes Ranfen auf der letzten Völkerbundstagung brachte die Regierungskommission in arge Bedrängnis. Zum ersten Male hatte sie einer öffentlichen Kritik standgehalten, und ihr Schicksal hing am seidenen Faden. Es ist noch einmal gut gegangen! Jene bekannte Rede Balfours hat der Regierungskommission mächtig den Rücken gesteuert. Sie lehrte aus Genf mit dem vom Präsidenten Kauls eingehenden Vorwurf zurück, der „deutschen Propaganda“ im Saargebiet, der sie schon jetzt beinahe zum Opfer gefallen war, kräftig zu Leibe zu gehen. Als erste fielen die beiden Redakteure der „Volkstimme“ der neuen Gewalt-Aera zum Opfer.

Die deutsche Regierung hat neuerdings beim Völkerbund wegen der vertragswidrigen Haltung der Regierungskommission des Saargebietes auf dem Gebiet des Schulwesens Einspruch erhoben. In dieser Note ist es: Der Bevölkerung des Saargebietes ist durch den Versailler Vertrag die Aufrechterhaltung ihrer Schulen und ihrer Sprache ausdrücklich zugesichert worden. Die Grundlagen des Schulwesens im Saargebiet müssen daher in dem Zustande, in dem sie sich bei Inkrafttreten des Vertrags befanden, beibehalten werden. Im Gegensatz zu dieser Bestimmung strebt die Regierungskommission eine grundsätzliche Veränderung des gesamten Schulwesens an. Insbesondere hat sie eine Entwicklung geduldet und sogar gefördert, die die vertraglich geschützten Landesschulen gefährdet und die Schulverwaltung allmählich in die Hände Frankreichs überleitet. Ohne Befragung der gewählten Vertreter der Bevölkerung hat sie bestimmt, daß auch Kinder des deutschen Personals der Bergwerke und sogar Kinder der nicht zum Gebirgspersonal gehörigen Landesbewohner ihrer gesetzlichen Schulpflicht durch den Besuch französischer Schulen genügen können. Mit Hilfe dieser Verordnungen konnte die französische Gebirgsverwaltung durch Mittel, wie Raubgeld, kostenlose Verfertigung von Lernmitteln und Kleidung, Weihnachtsgeschenke, Begünstigungen oder Benachteiligungen, Zusicherung von Belohnungen, andere Kinder zum Besuch der französischen Schulen zu veranlassen usw., geradezu eine Entvölkerung der Landesschulen herbeiführen. In ver-

schiedenen Ortschaften mußten bereits mehrere Klassen der Landesschulen geschlossen werden, und viele andere stehen vor der Schließung. Die Regierungskommission entäußert sich also zugunsten des französischen Staats, dem im Saargebiet kein Anteil an der Verwaltung, sondern nur die Ausbeutung der Bergwerke gebührt, mehr und mehr eines wichtigen, ausschließlich ihr selbst übertragenen Verwaltungszweiges. Nach ihrem Standpunkt würde sogar nichts im Wege stehen, daß Frankreich allmählich das ganze Volksschulwesen im Saargebiet an sich zieht. Dies steht im vollen Widerspruch zum Versailler Vertrag. Der französische Staat hat im Saargebiet lediglich das Recht, als Nebenanlagen der Gruben Volksschulen oder technische Schulen für das Grubenpersonal zu errichten, was sich nur auf französische Kinder beziehen kann, da der Vertrag diesen Unterricht in französischer Sprache, nach französischen Lehrplänen und überhaupt ganz nach dem Belieben Frankreichs vorsieht, und da jede andere Auffassung unvereinbar wäre mit der an anderer Stelle ohne jede Einschränkung vorgeschriebenen Erhaltung des Landesschulwesens mit dem allgemeinen Grundsatze, demzufolge die gesamte Verwaltung Sache der Regierungskommission ist. Die deutsche Regierung verlangt vom Völkerbund die Wiederherstellung des vertragsmäßigen Zustands, insbesondere die Wiederaufrichtung der früheren Grundlagen des Schulwesens, die Beschränkung des Besuchs der französischen Schulen auf französische Kinder und die Beibehaltung solcher Schulen, die nicht Volks- oder technische Schulen sind.

Das Abstimmungsergebnis wird für das Schicksal des Saargebietes nicht allein ausschlaggebend sein. Die oberste Abstimmerung wurde zugunsten Polens ausgedeutet, weil England Oberösterreich gerade als Kompensationsobjekt seiner Orientpolitik gebrauchte. Und daß England genau so auch mit dem Saargebiet zu verfahren bereit wäre, beweist jene Rede Balfours in Genf, in der er der deutschen Saarbevölkerung bitteres Unrecht tat und die arg kompromittierte Regierungskommission bedauerte, weil er nach einer etwas bewegten Auseinandersetzung mit Frankreich in der Abfertigungsfrage das Bedürfnis empfand, den Franzosen wieder etwas Honig um den Mund zu schmieren. Auf die „Gerechtigkeit“ der Engländer zu bauen, wäre eine gefährliche Illusion, und wenn sie dem Saargebiet jemals helfen sollten, so nur dann, wenn ihnen das gerade in ihr weltpolitisches Kalkül passen sollte.

Heute schon vorauszusagen, wie sich das Schicksal des Saargebietes endgültig gestalten wird, wäre verfrüht. Wir dürfen jedoch nicht müde werden, sowohl das deutsche Stammesbewußtsein im Saargebiet wie das Gewissen der Welt gegenüber dem schreienden Unrecht an der Saar nach zu erhalten und die moralischen Kräfte für unser gutes Recht ins Feld zu führen. Groß sind die Widerstände, die sich uns entgegenstellen. Aber an einer unermüdlichen Arbeit für die Deutscherhaltung des reichen und schönen Saargebietes muß sich doch schließlich das Goethewort bewahrheiten:

Allen Gewalten zum Truh sich erheben,  
Nimmer sich beugen,  
Kräftig sich zeigen,  
Aufet die Arme der Götter.

### Türkisches Ultimatum an die Alliierten.

London, 8. Febr. Aus Konstantinopel wird gemeldet: Der Vertreter Angoras in Konstantinopel Adnan Bey hat auf Befehl seiner Regierung den Verbündeten Oberkommissaren die Forderung nach Zurückziehung der Kriegsschiffe der Alliierten aus dem Hafen von Smyrna in Form eines selbständigen Ultimatum überreicht. Bei Nichtannahme würden die Batterien des Feuer auf die Schiffe eröffnen. Die Oberkommissare erhielten schließlich von den Türken eine Verlängerung der Frist um 7 Stunden. Der französische Konsul hat um die Erlaubnis gebeten, die französische Kolonne in Smyrna einschiffen zu dürfen.

Die englisch-französische Antwort auf das Ultimatum.

Paris, 8. Febr. Aus London wird gemeldet, die englische und französische Regierung haben sich über die Antwort, die der Angoraregierung auf ihre Forderung nach Zurückziehung der Kriegsschiffe aus Smyrna zu geben sei, geeinigt und beschlossen, den Türken mit einer energischen Note zu antworten und die Angoraregierung davon zu verständigen, daß die



englischen und französischen Krieges in Smyrna Befehl erhalten haben, falls sie angegriffen würden, sich zu verteidigen. Die alliierten Oberkommissare und Admirale haben dem fernöstlichen Vertreter in Konstantinopel eine energische Note überreicht, in der sie die Angoraregierung für alle feindlichen Aktionen, die aus der Forderung der Angoraregierung entstehen sollten, verantwortlich machen. Die in Smyrna vor Anker liegenden Kriegsschiffe sind der französische Kreuzer „Ernest Renan“ und das englische Kriegsschiff „Salphisor“. Nach Mitteilung von unternichteter Seite sei die Einfahrt in den Hafen von Smyrna schon seit dem Abschluß des Waffenstillstandes mit Minen versperret worden, und die einzige Fahrtrinne befindet sich in unmittelbarer Nähe einer Küstenbatterie.

#### Der Abbruch der Lausanner Verhandlungen.

Paris, 8. Febr. Dem Abbruch der Lausanner Verhandlungen folgt nicht eine Entspannung, sondern eher eine Verschärfung des englisch-französischen Gegensatzes. Der „Temps“ gibt jetzt eine ausführliche Darstellung der angestrebten Verträge Frankreichs, nach der Abreise Lord Curzons von Lausanne noch den Abschluß des Friedens herbeizuführen und bemüht sich, aus diesem Laibstand zu erklären, daß Frankreich die größte Friedensliebe an den Tag gelegt und England durch die übereilte Abreise seiner Vertreter den Abschluß des Vertrags verhindert habe. Von den übrigen Zeitungen wendet das „Journal des Debats“ in seiner bekannten antifränkischen Haltung sich gegen die Schwäche der französischen Regierung, die die hochmütigen und ungebildeten Angora-Politiker in ihrem Widerstand gegen die bescheidenen Forderungen der Alliierten nur bestärkt hätte. Der „Intransigent“ faßt seinen Nachruf auf die Lausanner Konferenz in die Worte zusammen, man müsse wünschen, daß die griechisch-englische Partei, die die englische Regierung zu militärischen Rüstungen zur See und Brückenland zu Unternehmungen auf dem Lande treibe, ihr verwerfliches Spiel nicht zum Siege bringen werde.

### Von den besetzten Gebieten.

#### Aus Baden.

Wengen, 8. Febr. Die Lage im neu besetzten badischen Gebiet hat sich wenig verändert. Die Verhandlungen zwischen den verschiedenen Beamten- und Arbeitervertretungen und dem französischen Oberkommandierenden haben zu keinem Resultat geführt. Die französische Besatzungsbehörde hat einige Bestimmungen, die zum Teil bereits aufgehoben, zum Teil gemildert worden waren, wieder verschärft. So hat sie den Nachtverkehr von neuem verboten und zwar in der Zeit von 9 Uhr abends bis 5 Uhr morgens. Auch die Wirtschaften müssen um 8 Uhr schließen. Nur diejenigen Restaurants, welche französische Militärpersonen beschäftigen, dürfen bis 10 Uhr abends für die Franzosen offen gehalten werden. Die „Offenburger Zeitung“ ist auf zwei Tage verboten worden, weil sie die Bedingungen der Gewerkschaften zum Teil in Fettdruck veröffentlichte. Die kleine Gemeinde Schütterwald, südlich von Offenburg, ist ebenfalls besetzt worden. Der verhaftete Postdirektor Krieg ist nach Rehl oder Straßburg verbracht worden und soll dort vor ein Kriegsgericht gestellt werden. Der Telephon- sowie der Bahnverkehr ruht vollkommen.

Wuppenweier, 8. Febr. Die Franzosen haben an die Eisenbahner das Ansuchen gestellt, einen Kohlenzug nach Straßburg zu befördern. Dies wurde abgelehnt.

Uffern, 8. Febr. Eine Besprechung des Staatspräsidenten und des Finanzministers mit den Bürgermeistern und den Vertretern der verschiedenen Bevölkerungsgruppen des neu besetzten Gebietes befaßte sich mit der Lebensmittelversorgung und Kreditgewährung. Die im besetzten Gebiet massenhaft vorhandenen Sol-

daten, außer den Lebensmittelgeschäften völlig aus. Infolgedessen sind die Preise für Lebensmittel erheblich gestiegen. Die Brotversorgung ist zum Beispiel dadurch direkt in Frage gestellt. Der Finanzminister gab bekannt, daß die badische Regierung ihrerseits beschlossen habe, den badischen Staatsbeamten eine Besatzungszulage zu gewähren, wie sie das Reich den Beamten im Ruhrgebiet gab. Das Verhalten der Beamten- und Arbeitervertretungen gegen die Franzosen wurde vom Staatspräsidenten als durchaus lobend anerkannt. Bittere Klagen wurden aus der Bevölkerung gegen die fortwährenden Requisitionen erhoben. Die Truppen ziehen in den Dörfern umher, um dort Requisitionen vorzunehmen und dabei werden die Landwirte zum Teil sehr belästigt.

#### Schreckensherrschaft an der Ruhr.

Essen, 8. Febr. Das Gewaltregiment der französischen und belgischen Besatzung im Ruhrgebiet verstärkt sich von Tag zu Tag. Verhaftung folgt auf Verhaftung. Selbst vor dem Gebrauch der Schusswaffen gegen harmlose Bewohner scheut man nicht zurück. In Recklinghausen wurde durch fünf Tanks eine Kundgebung verhindert. Gleichzeitig erschienen starke Patrouillen, die durch Kolbenstöße und dergleichen die Bevölkerung von den Straßen jagten. Die Kundgebung richtete sich gegen die großen Einkäufe der französischen Soldaten in den Lebensmittelgeschäften, wodurch die einheimische Bevölkerung völlig ausgekauft wird, was die letztere natürlich in große Erregung versetzte, so daß sich die Kaufleute gezwungen sahen, an Franzosen keine Lebensmittel mehr abzugeben. Daraufhin wurde von dem französischen Kommandanten die vollständige Schließung aller Geschäfte angeordnet. Das führte dazu, daß sich die vom Hunger bedrohte Bevölkerung auf der Straße versammelte und ihrer Entdringung Ausdruck gab. Darauf setzte das Vorgehen der Besatzungsbehörde mit Truppen mit aufgeflossenen Seitengewehr und mit Tanks gegen die wehrlose Menge ein. In einem anderen Ort wurde ein Straßenbahner von einem Marokkaner derart mißhandelt, daß er schwer verletzt mit einer Gehirnerschütterung ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Das wenige Einzeltäter, die belästigt durch weitere Tatsachen ergänzt werden könnten. Inzwischen sehen die Franzosen ihre Bemühungen fort, vor allem das englisch besetzte Gebiet abzusperren. Durch die Besetzung weiterer Bahnstationen im bergischen Land beherrschen sie jetzt auch die Eisenbahnlinie Remscheid-Barmen. Aus dem Taunus wird die Ankunft weiterer französischer Polizeibeamter gemeldet. Der Friedensbruch Frankreichs hat in den wenigen Tagen, die er währt, nicht weniger als acht Menschenleben gekostet. Folgende Tote sind bisher gemeldet worden: am 15. Januar in Bochum: der junge Brieme; in Langendreer: der Krankenpfleger Kowalky; in Brechten: der Bergmann und Schuttdiener Haumann; in Essen: der Schuhmacher Stockhorst; in Kassel: ein Arbeiter (Namen noch unbekannt); in Mainz: der Wächter Embach; in Bilk: ein spielendes Kind. Außerdem wurde zwischen Kassel und Hochheim ein Arbeiter von einem französischen Posten angegriffen und liegt hoffnungslos daneben. — Das alles ist „keine militärische Aktion“!

#### Vom Rhein.

Mainz, 8. Febr. Durch das Verbot des Mainzer „Journal“ sind nun tatsächlich bis auf das „Tageblatt“ alle hiesigen Zeitungen von der französischen Besatzungsbehörde an ihrem Erscheinen verhindert. Die Bevölkerung ist ohne jede Kenntnis von den Vorgängen in Deutschland, da auch die großen westdeutschen Zeitungen im besetzten Gebiet verboten sind. Im Zusammenhang damit steht das Aufstehen von Flugblättern „An Alle“, die in schlechtem Deutsch gehalten, den Versuch machen, die Bevölkerung aufzuheben und irrezuführen. Hergestellt werden diese Machwerke, wie jetzt festgestellt wurde, in der von französischen Soldaten betriebenen Truderei in der Feldbergschule.

Paris, 8. Febr. Aus Düsseldorf meldet der „Welt-Berichten“: Ein aus Koblenz kommendes französisches Bataillon hat Lemper, Borghorst und Hüderowagen besetzt. Die Besetzung dieser Ortschaften macht die Kohlenladung zu einer vollständigen und es besteht nun kein Risiko im Umkreis des besetzten Gebietes auch nicht in der englischen Zone. Auch die Ueberfahrt von Rippwagen aus dem Ruhrgebiet ist nunmehr verboten worden, da diese Wagen für die Kohlenladungen unentbehrlich sind. Der Eisenbahnerausstand ist nunmehr vollständig. Er hat sich von dem belgischen auf das französische Gebiet ausgedehnt und Düsseldorf ist abgesperrt. Die Störungen im Eisenbahnbetrieb dauern fort, doch sind von französischer Seite sehr strenge Maßnahmen ergriffen worden. Die Militärposten und Patrouillen haben Befehl erhalten, auf jedes verdächtige Individuum, das sich Eisenbahnlinien nähert, zu schießen. Jeder der bei der Vornahme von Verstärkungen angetroffen wird, wird vor ein Kriegsgericht gestellt und erschossen.

Paris, 8. Febr. „Daily Mail“ berichtet, daß nach einer offiziellen Feststellung die Franzosen in kurzer Zeit 10 000 Eisenbahner aus den alliierten Ländern am Rhein und im Ruhrgebiet zur Verfügung haben werden. Sie werden damit in der Lage sein, die angekauften Kohlen- und Koks-mengen, die ungefährt 1 Million Tonnen betragen, zur Abfuhr nach Frankreich und Belgien zu bringen. — Dasselbe Blatt berichtet, daß die französische Regierung den deutschen Reichsfinanzler Dr. Cuno gewarnt habe, in das Ruhrgebiet zurückzukehren, da er in diesem Falle Strafmaßnahmen zu gewärtigen hätte.

Berlin, 8. Febr. Im wirtschaftspolitischen Ausschuss des Reichstages wurde am Mittwoch nachmittag der Reichskohlenkommissar Bericht über die Kohlenversorgung der unbesetzten Gebiete, die er als befriedigend bezeichnete. Im Verlaufe der Besprechung der wirtschaftlichen Lage wurde von verschiedenen Vertretern des Ruhrgebietes die ständig wachsende Widerstandskraft gegen den Einfall der Franzosen sehr zuversichtlich beurteilt.

#### Befegung der Bahnhöfe Herne und Wanne.

Essen, 8. Febr. Am Donnerstag morgen wurde der Bahnhof in Herne von französischen Truppen besetzt und außer Betrieb gesetzt. Dann rückten mehr als 1000 Mann französischer Truppen nach Wanne und besetzten den Bahnhof. Der Bahnhofsvorstand und der Vorsteher wurden verhaftet.

## Neues vom Tage.

#### Auslieferung des deutschen Stickstoffgewinnungsverfahrens.

Paris, 8. Febr. Die französische Kammer begann die Aussprache über den Vertrag, der am 1. November 1919 zwischen dem französischen Staat und der Badischen Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen abgeschlossen worden ist. Durch diese Vereinbarung verpflichtet sich die letztere, dem französischen Staat alle erforderlichen Angaben über das Verfahren zur Herstellung von synthetischem Stickstoff zu liefern, um die von den Fabriken in Oppenau und Merseburg angewendeten Verfahren für die Herstellung von synthetischem Stickstoff in Frankreich durchzuführen.

Die Ratifizierung der Konvention wurde vom Landwirtschaftsminister der Kammer warm empfohlen. Der Landwirtschaftsminister erklärte, daß die Konvention gestatten werde, den für die französische Landwirtschaft notwendigen Stickstoff selber herzustellen. Gegenwärtig gebe Frankreich jährlich 300 Millionen Franken für den Ankauf ausländischen Stickstoffs aus.

#### Kurzweil.

Was ein todeswunder Streiter,  
Der den Weg der Iren hat,  
Schwanke ich nun und kann nicht weiter,  
Von dem Leben feindlich matt.  
Nacht schon drückt alle Mäden,  
Und so still ist's um mich her,  
Herr, auch mir gib endlich Frieden,  
Denn ich wünsch' und hoff' mich's mehr.

H. v. Giesendorf.

## In des Lebens Mai.

Roman von Nat. Andrea.

(27)

(Nachdruck verboten.)

Sie hatte sich dieses überhaupt viel schwingvoller, poetischer und märchenhafter gedacht. In Wirklichkeit arbeitete alles darauf hin, sie zu enttäuschen und zu enttäuschen. Der Baron hielt es für klug, mit seinen Besuchen sparsam zu sein; meistens ließ er sich erst besonders von den Schwiegereltern einladen. War er da, so blieb das Brautpaar fast nie allein. Der Baron selbst schien dies zu vermeiden. Wenn er in das Zimmer trat, war seine erste Frage: „Wo ist Rama?“ oder „Wie geht es Rama?“ Er wußte genau, daß die Frau Konsul irgendwo in der Nähe aufpaßte. Gewöhnlich kam sie dann mit etwas leidender Miene, im übrigen aber ganz mütterlicher Zärtlichkeit hervor und reichte dem „lieben Sohne“ die Hand zum Kusse.

Rapid gewann der Baron auf diese Art festen Boden. Eines Tages ließ er sich von der Frau Konsul das Geständnis seiner finanziellen Schwierigkeiten entlocken. Sie verbrachten einen Nachmittag mit seinen Konsulden, während Asta sich gränzte und langweilte. Einmal wagte sie es, in die Raube zu blicken, wo die Frau Konsul mit Agel lag; aber die Mutter winkte ihr ab: „Beh! Kind! Wir haben Geschäfte abzuwickeln; das ist nichts für unferbare.“

verliebte Mädchen! Der Baron versicherte indes der „lieben Ma“ wieder und wieder, daß sein Verlangen zu ihr keine Grenzen hätte. Nicht einmal seinem Onkel würde er eine derartige Generalbeichte abzugeben künfte gewesen sein, doch Ma mit ihrer Weltkenntnis, ihrem klugen Blick und seinem Verständnis für die Bedürfnisse eines jungen, veredelten Mannes stände einzig da: mit klarem Geiste beobachte sie das Leben, und welchen Dergens drüchte sie den Menschen ihr Versehen entgegen.

Der Frau Konsul gefiel dies neue Bild von ihr nicht übel, so wenig ähnlich es ihr in Wahrheit war. Sie fragte nach seinen Wechselstunden; das war der große Augenblick! Er schmeinte sich, sie zu nennen. Ma bestand aber darauf, und er — ganz geknickt und erschüttert — mußte ihr den Willen tun: auf ein Blatt Papier schrieb er, was er auszusprechen nicht den Mut hatte.

Die Frau Konsul zuckte nicht mit der Wimper. Es war zwar reichlich so viel, wie sie torjert hatte; doch das Bewußtsein, ihn so stark verpflichtet zu haben, wog alles andere auf.

Dem Baron lehrte die Farbe ins Gesicht wieder. „Ma, wenn ich Dir je die große Güte, diese gültige Wohlmut vergeße, mag die Welt mich einen stedenfachen Lumpen nennen“, beteuerte er, ihre runden, sehr gepflegten Hände wieder und wieder küßend. Und dies einzige Mal meinte er es aufrichtig.

Traurig sah Asta seinem Erscheinen auf der Gartenterrasse entgegen. Je länger es dauerte, desto weher und unheimlicher wurde ihr: die Eifersucht begann an ihrem Herzen zu nageln. Alles Süße, Zarte und Schöne, das der Braut zulam, gab Agel so seiner Schwiegermutter. Die nahm die erste Stelle bei ihm ein. Sie wurde wie ein einfüßiges Kind beiseite geschoben.

Endlich kam der Baron, sehr angeregt, ein lächelndes Glänzen in seinen Augen. Er sagte, als er sie so still und blaß und niedergeschlagen sah. Unschlüssig blieb er stehen; er horchte, ob sich nicht Störendes regte. Dann trat er schnell hinter Astas Stuhl, bog ihren Kopf nach hinten und küßte sie mit jener süßen, hincweichenden Wildheit, die sie am Tage ihrer heimlichen Verlobung bezwungen hatte! Und wie damals wurde ihr Widerstand mattgelegt. Der süße Kuss löschte alles, was sich in ihr hatte empören und auflehn wollen. Mit umschwellten Sinnen lag

sie an seiner Brust, und Tränen auf Tränen sickerte unter ihren langen Wimpern hervor.

„Eingigste, Goldstiel!“ flüsterte er. „Wann wird endlich unser Durs gestillt werden? Dies ist kein Glück, wir spielen es uns nur vor!“

„Ich meine es ernst“, hauchte Asta schwer. „Jeden Tag liebe ich Dich mehr und liebe um Dich. Ich bin eifersüchtig auf jeden Deiner Gedanken. Jedes Wort, das Du sprichst, möchte ich mit meinen Händen auffangen, damit kein anderes es mir wegnimmt. Ich lebe in Dir. Die Welt hat nichts als Dich — aber Du beschäftigst Dich mit tausend Dingen außer mir. Du läßt Dich von Rama ablenken und in Anspruch nehmen, als läme ich überhaupt exist in zweiter, dritter Reihe!“

Der Baron lächelte und blinzelte spitzbübisch mit den Augen; das stand ihm hüßlich. Wäre Asta nicht in Wespennest gewesen, sie hätte lachen müssen.

„Teufel, Du süßes, machst die Liebe Dich so unklar! Es handelt sich immer nur um Dich und mich! Begreife doch nur meine Laune! Ma ist eine Macht, die wir für uns gewinnen müssen. Sie beherrscht Papa; sie beherrscht seinen Geldbeutel, und nach Belieben kann sie unsere gemeinsame Existenz aufbauen und zertrennen. Du bist für Einschränkungen und Entbehrungen nicht geschaffen; was ich tue, ist lediglich für Dich, meine schillernde Libelle! Und siehst Du, man muß die Menschen bei ihren Schwächen fassen, um sie zu bemeistern. Wie die Dinge zwischen Ma und mir lagen, blieb mir nichts übrig, als das Blättchen zu wenden. Bisher beherrschte sie uns alle; jetzt nehmen wir ihr das Jopeter aus der Hand — ganz leicht und vorsichtig, damit die kluge Ma es nicht merkt. Sie dieht in dem guten Glauben ihrer Herrschaft, während in Wahrheit sie nur tut, was wir wollen!“

Es war ein Unterton in seiner Stimme, der wie lauter Eisigeln in die Blut von Astas Gefühl zickte.

Sie wurde den Eindruck den ganzen Tag nicht los, und abends konnte sie nicht einschlafen, weil Gedanken sie quälten: die alle dahin zusammenliefen, daß etwas Fremdes, Dunkles in dem Weien ihres Beliebten schlief, das zu werden sie sich hätten mühte, wenn sie nicht eine furchtbare Enttäuschung erleben wollte.

(Fortsetzung folgt.)

Im Verlauf der Sitzung führte der Berichterstatter im einzelnen aus, daß das in der Konvention vom 11. November 1919 von den Badischen Anilinfabriken übernommene Haberische Verfahren durch eine Konzeption einer Gesellschaft übertragen werden soll. In der Gestalt, die der Entwurf in der Kommissionsberatung erhalten hat, sieht er jedoch vor, daß die Gesellschaft auch sämtliche in Betracht kommenden übrigen Verfahren ausbeuten kann. Hauptaktionär der für 99 Jahre errichteten Gesellschaft ist der Staat. Er bringt 5 Millionen Franken und als Betriebsanlage die Pulverfabrik von Toulouse ein, für die jährlich 500 000 Franken Miete und eine Beteiligung von 10 Prozent am Gewinnüberschuß bezahlt werden sollen. Der Staat übernimmt 250 000 von insgesamt 500 000 Aktien, gleich 25 Millionen Franken; die übrigen Aktien werden unter das Publikum, die am Betriebe interessierten landwirtschaftlichen Verbände, die Verbände der chemischen Industrie, sowie die Arbeitergewerkschaften und Arbeitergenossenschaften verteilt, die sämtlich im Aufsichtsrat vertreten sein werden. Der Berichterstatter trat dem Abg. Broter, der die Vertagung des Gesetzentwurfs verlangte, mit der Begründung entgegen, daß in Wirklichkeit doch nur das Haberische Verfahren ausbeutet werde. Im übrigen erklärte der frühere Kriegsminister Lesebre, er habe in seiner ehemaligen Eigenschaft als Kriegsminister die Verantwortung übernommen für die Zahlung von 24 Millionen Franken an die Badischen Anilinfabriken. Man möge ihm nicht mehr von der Rationalität dieses oder jenes Verfahrens reden. Im Krieg habe man von französischer Seite das Haberische Verfahren größer zu schätzen bekommen. Denn ohne dieses Verfahren hätte Deutschland den Krieg nicht mit der bekannten Intensität führen können.

#### Boincare soll berichten.

Paris, 8. Febr. Der französische Kammerausschuß für auswärtige Angelegenheiten richtete an Boincare das Verlangen, in einer demnächst anzuberaumenden Sitzung zu erscheinen und dem Ausschuss die gewünschten Erklärungen und Unterlagen zur Beurteilung der politischen Lage zu geben. An der Ausschuss-Debatte beteiligten sich vor allem Tardieu und Briand.

### Württembergischer Landtag.

Stuttgart, 8. Febr.

Die Mittwoch-Abendssitzung des Landtags war noch zum größten Teil durch die Debatte über den „Förstlerkrieg“ ausgefüllt. Als Sprecher der Sozialdemokratie richtete der Abg. Nuggaber scharfe Angriffe gegen die Forstverwaltung und gegen die höheren Forstbeamten überhaupt, die nichts getan hätten, um die zwischen dem unteren Forstpersonal und den höheren Forstbeamten bestehenden Differenzen zu beseitigen. Finanzminister Dr. Schall trat die in Ausdrücken nachdrücklich entgegen. Wenn nun der Kampf weitergeführt werden soll, so müsse an das untere Forstpersonal und seine Vertreter die Mahnung gerichtet werden, ihre Forderungen in rein sachlicher Weise zu vertreten. Abg. Vides (D. Vp.) bezeichnete die Ausführungen Nuggabers als rein parteipolitisch. Unverständlich sei, daß nicht auch tüchtige Leute aus dem Hofhaushalt in den unteren Forstdienst sollen herbeiführen können. Auch Präsident v. Wagner wandte sich noch gegen die Darlegungen von sozialdemokratischer Seite. Abg. Fab (Dem.) hob hervor, daß die Förster auf dem Wege der Beschimpfung Material gegen die Oberförster gesammelt haben. Fast von allen Seiten, auch von vielen Förstern, sei diese Kampfmethode verurteilt worden. Bei der Schlussabstimmung wurde die vom Finanzminister vorgeschlagene Entschickung mit großer Mehrheit angenommen. Dann wurden noch weitere Kapitel der Finanzverwaltung genehmigt.

Am Donnerstag behandelte der Landtag Kapitel 80 des Etats, Abfassung der Zivilliste. Der Finanzausschuß hatte beschlossen, die Rente der Herzogin-Witwe von Württemberg auf 2 693 583 Mark zu erhöhen und zwar vom 2. Oktober 1921 ab. Dies gab Anlaß zu einer mehrstündigen, zeitweilig hitzig bewegten Debatte. Berichterstatter Winkler (Soz.) teilte mit, daß die finanzielle Notlage der Herzogin im wesentlichen auf die Pflichtteilseinkünfte durch den früheren König in seinen letztwilligen Verfügungen zurückzuführen sei. Abg. Karl Müller (Komm.) lehnte alles ab und war aus dem „Recht der Revolution“ heraus. Von einer Notlage könne keine Rede sein, da die herzogliche Familie in Württemberg über 36 000 Morgen Land verfüge. Auch der sozialdemokratische Redner Ulrich lehnte die Erhöhung der Rente ab. Die herzogliche Familie gehöre zu den reichsten des Landes. Innerhalb der herzoglichen Familie bzw. bei dem Haupt derselben scheine das moralische Gefühl für eine Unterhaltungsspflicht zu fehlen, wie auch nach allem, was man höre, das verwandtschaftliche Einvernehmen sehr viel zu wünschen übrig lasse. V. a. i. e. Das ist verlogen! Man müsse auch annehmen, daß der frühere König für das wenigstens in bürgerlichen Kreisen ziemlich seltene Vorgehen bei letztwilligen Verfügungen in Form einer Pflichtteilseinkünfte wohl ganz bestimmte Gründe gehabt habe. (Unruhe rechts und links: Unerhört! Ströbel: Auch das ist ganz falsch!) Angesichts des unerschämten, anmaßenden Auftretens des herzoglichen Rentamts gegenüber dem Staat, das als ein Akt auf das Staatsvermögen bezeichnet werden müsse, habe der Landtag gar keinen Anlaß zu einem Entgegenkommen. Abg. Dr. Baur (Ztr.) gab dem Bedauern seiner Fraktion über die Art der Behandlung dieser Frage, die vorwiegend und in erster Linie eine Einkünftefrage sei (lebhafter Unruhe links) Ausdruck. Er bezeichnete es auch als durchaus unwahr, daß Herzog Ulrich seinen Unterhaltungsverpflichtungen gegenüber den Mitgliedern des früheren Königshauses nicht nachkomme. Die übergroße Mehrheit des württ. Volkes denke in dieser Frage anders, als die Sozialdemokratie.

nach der Abg. Wagner (D. Vp.) verurteilte die „geschwollenen Beschimpfungen“ unter dem Vornamen der Sozialdemokraten. Abg. Dr. Mählberger (Dem.), der von der Linken mit lebhaften Zwischen- und Hallorufen empfangen wurde, verbat sich zunächst energisch diesen Vornamen und bezeichnete es als durchaus unwahr, daß etwa ein schlechtes Einvernehmen zwischen der früheren Königin und dem König den Anlaß zu dem Testament des Königs gegeben habe. Der König sei durch die ganze Entwicklung der Ereignisse nicht mehr dazugekommen, einen ihm schon vorliegenden anderweitigen Testamententwurf noch zu unterzeichnen. Nachdem auch der Abg. Vides (D. Vp.) noch den entstellenden Ausführungen unter dem Vornamen der Linken mit einer kurzen Erklärung entgegengetreten war, wurde die vorgeschlagene Erhöhung der Rente und der Kronprinzdotation auf 20 Mill. gegen die Stimmen der Sozialdemokratie und der Kommunisten angenommen. Dann begann man noch mit der Beratung des Etats des Kirchen- und Schulwesens.

### Das Stadt und Land.

Mittwoch, 9. Februar 1922.

Für die Rückhilfe erwartete die Arbeiter der Möbel- (abst.) Salzh. hier zum halben Tag mit einem Ergebnis von 10 000 Mt. Der Geschäftsbereich erhöhte diesen Betrag auf 40 000 Mt.

Konzeption in die Lehr- und Fortbildungsausschüsse im Frühjahr 1923. Es wird darauf hingewiesen, daß im März oder April d. J. wieder eine Aufnahme von Schülern in die Lehr- und Fortbildungsausschüsse, die in der Volksschule oder auch einer Real- oder Lateinschule, die im Frühjahr 1923 das 13. Lebensjahr vollendet und das 16. Lebensjahr nicht überschritten haben, werden auf Grund einer Prüfung, die in anderer Weise abgehalten wird als die bisherigen Abklausuren, in ein Lehrseminar aufgenommen werden. Der Unterricht erfolgt nach einem neuen Programm, das alle Fächer in sich faßt, also vor allem auch die höheren Schulen gleicher Bildung vermittelt und noch Abklausuren in irgend einer Form auch den Zugang zum Hochschulstudium ermöglicht. Die Meldungen zur Prüfung sind spätestens bis zum 15. Febr. durch das Bezirksamt dem Oberkurator zu übersenden (siehe auch Jos.).

Sozialreform auf der Linie Pflichten- und Arbeitspflicht. Die Sozialreform auf der Linie Pflichten- und Arbeitspflicht wird durch die Einwirkung der

Hundertprozentige Erhöhung der Eisenbahntarife. Das Reichsverkehrsministerium plant zum 15. Februar eine Gütertariferhöhung um 10 Prozent und zum 1. März eine Personenariferhöhung um gleichfalls 100 Prozent. Diese Erhöhungen sind eine unmittelbare Folge der Ruhrbesetzung.

Erhöhung der Kosten der Sozialrenten. Durch eine demnächst im Reichsgesetzblatt erscheinende Verordnung des Reichsarbeitsministeriums hat die Rentnerunterstützung mit Wirkung vom 1. Januar 1923 ab eine weitere Erhöhung erfahren. Die Höchstätze für das Gesamteinkommen sind festgesetzt worden: für Empfänger einer Invaliden-, Kranken- und Altersrente auf jährlich 120 000 Mt., für Empfänger einer Witwen- oder Waisenrente auf jährlich 108 000 Mt., für Empfänger einer Hinterbliebenenrente auf jährlich 60 000 Mt. Die Kinderzuschläge sind auf 150 000 Mt. für jedes Kind erhöht worden. Die Freigrenze für das Arbeitseinkommen beträgt nun 120 000 Mt., die Freigrenze für die in § 2 Abs. 5 des B. V. genannten Bezüge 36 000 Mt. jährlich. Es ist Sorge getroffen worden, daß die sich aus der Erhöhung der Unterstützungssätze ergebenden Nachzahlungen den Unterstützungsempfänger so rasch als möglich zukommen und daß die Neuberechnung der Unterstützung mit Beschleunigung erfolgt.

Die Feuerung im Januar 1923. Nach den Feststellungen des Stat. Reichsamts beträgt die Heizwertzahl für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Kleidung) im Durchschnitt des Monats Januar 1120,27 gegen 655,08 im Dezember 1922. Die Steigerung gegenüber dem Vormonat beträgt 63,5 Prozent. Dienen Durchschnittsberechnungen liegen die Erhebungen am 10. und 24. Januar zugrunde. Die sprunghafte Verteuerung der alltäglichen Lebensbedürfnisse, die erst in der letzten Januarwoche eintrat, kommt daher in dem Durchschnitt des Monats Januar noch nicht zum Ausdruck.

Freundschaft, 8. Febr. (Vom Kaiser.) Die Staatsgemeinde erwand die Wüste zum Paradies. Der Kaufpreis beträgt 15 Jor. Forstholz 8. Kl. Der Kauf wurde im Hinblick auf die Verdrängung eines Warplandes zum weiteren Ausbau der Reichslande geübt.

Wahlbezirk, 8. Febr. (Wahlbezirk.) Bei der ersten hiesigenen Wahlwahl wurde Georg Frey, Ritter, mit 68 Stimmen gewählt. Auf Schreiermeister D. H. H. entfielen 45 Stimmen.

Stuttgart, 8. Febr. (Die Wahldauer der Bezirksräte.) Das Staatsministerium hat den Entwurf eines Gesetzes festgestellt, durch das die Wahldauer der auf Grund des Gesetzes über die Zusammenziehung des Bezirksrats vom 4. Okt. 1919 gewählten Mitglieder der Bezirksräte mit Ausnahme des Bezirksrats der Stadt Stuttgart auf eine weitere Wahlperiode verlängert werden soll, weil bei dem bisherigen Wahlverfahren größere Städte eine ihrer Bedeutung in der Bezirksverwaltung entsprechende Vertretung nicht erhalten haben und weils eine Aenderung dieses Verhältnisses nur von einer Umgestaltung der Bezirksordnung zu erhoffen ist. Beschlagnahme. Auf Grund eines Beschlusses des Amtsgerichts Stuttgart-Stadt ist die heutige Nummer der kommunistischen „Süddeutschen Arbeiterzeitung“ wegen eines Artikels „Sabotage im besetzten Gebiet“ beschlaggenommen worden.

### Handel und Verkehr.

Der Doflar notierte am Donnerstag in Frankfurt 33 815,25 G., 33 984,75 Br., in Berlin 33 416,25 G. und 33 583,75 Br.

- 1 Schweizer Franken = 6334 G., 6365 Br.
- 1 französischer Franken = 2069 G., 2080 Br.
- 1 holländischer Gulden = 13 466 G., 13 633 Br.
- 1 italienischer Lira = 1635 G., 1644 Br.
- 1 Pfund Sterling = 158 353 G., 159 146 Br.
- 100 österreichische Kronen = 48,88 G., 47,12 Br.
- 1 tschechische Krone = 1005 G., 1010 Br.
- 1 dänische Krone = 6284 G., 6315 Br.

Neue Preiserhöhung für Bücher. Die Schließjahr des Buchhändlerbörsevereins ist mit Wirkung vom 5. ds. Mts. auf 1400, d. h. um 56 v. H. erhöht worden. Neue Preise für Spiegelglas. Der Verein Deutscher Spiegelglasfabriken in Köln erhöhte ab 2. Febr. des Gesamtverkaufszuschlag für Spiegelglas auf 7000 v. H., die Verladung auf 30 000 Mt. für den Quadratmeter.

L.C. Schaffung eines wertbeständigen Anleihepapiers. Wie wir hören, wird die Reichsregierung in aller nächster Zeit mit Plänen an die Öffentlichkeit herantreten, die die Schaffung eines wertbeständigen Papiers auf Goldbasis zum Ziele haben.

L.C. Stuttgart, 8. Febr. Dem Schlachtviehmarkt am Donnerstag waren zugetrrieben: 114 Ochsen, 41 Bullen, 254 Jungbullen, 327 Jungkühe, 354 Kühe, 553 Kälber, 822 Schweine, 51 Schafe, 1 Flegel wurde verkauft. Verkauf des Marktes: lebhaft. Aus 1 Str. Lebendgewicht wurden erzielt: Ochsen erste Qualität 180-190 000, zweite 130-170 000, Bullen erste 155-170 000, zweite 130-150 000, Jungbullen erste 180-190 000, zweite 155-170 000, dritte 130-150 000, Kühe erste 130-145 000, zweite 102-125 000, dritte 70-90 000, Kälber erste 195-200 000, zweite 175-185 000, dritte 150-170 000, Schweine erste 280-300 000, zweite 265-275 000, dritte 230-250 000 Mt.

### Letzte Nachrichten.

#### Schwere blutige Zwischenfälle.

W. B. Berlin, 9. Febr. Wie die Blätter melden, kam es gestern kurz nach der Besetzung des Bahnhofs von Wannsee durch die Franzosen zu blutigen Zwischenfällen. Ein Zug mit ein Personenzug wurden von den Franzosen angehalten und das deutsche Eisenbahnpersonal wurde zum Verlassen der Zugabteile gezwungen. Ein 64-jähriger Zugführer wurde dabei von einem französischen Soldaten von hinten mehrmals mit dem Kolben auf den Kopf geschlagen. Der Zugführer brach zusammen und erlag bald darauf seinen Verletzungen. Die Körper der beiden Zugführer wurden von französischen Offizieren, die ihre Revolver gegen die Menge richteten und von Soldaten, die rücksichtslos mit ihren Bajonetten auf die Reisenden, unter denen sich viele Frauen und Kinder befanden, einschloßen, vom Bahnsteig gerieben. Zahlreiche Personen, darunter Frauen und Kinder, erlitten Verletzungen. In der Zwischenzeit der plötzlichen Überfallen der Reisenden und Beamten ist nicht erfolgt. Ein Postbeamter des D. Z. wurde durch einen Bajonettschlag schwer verletzt, als er sich weigerte, die ihm anvertrauten Geister herauszugeben. Die Franzosen beschlagnahmten 3 Rifles mit mehreren M. M. In R. d. d. h. wurden einem Arbeiter durch einen Revolverschlag eines Franzosen die Knieknochen zertrümmert. Die Verwundeten haben daraufhin einen 24stündigen Proteststreik angekündigt.

Wie die Blätter aus Offen melden, wurde gestern vorwiegend das große Einkaufszentrum der franz. Buchhandlung im Hauptbahnhof geschlossen. Ein franz. Offizier stellte einen in der Nähe stehenden Schupo-Beamten zur Rede und wollte ihn ohnmächtig. Eine reich zusammengekaupte Menschenmenge entsetzte darauf den Franzosen.

Weitere schwere Verhaftungen und Ausweisungen. W. B. Offen, 8. Febr. Aus dem belgischen Gebiet liegen wieder zahlreiche Meldungen über Verhaftungen und Ausweisungen vor, die im Zoll-, Post- und Polizeiwesen wichtige Stellen verwalteten, so aus Bruchhausen, Duldorf, Dillendorf und Cev. Ähnlich stößt und brutales Vorgehen gegen die Belagerten ist dabei an der Tagesordnung.

W. B. Bochum, 8. Febr. Der Polizeibetriebsassistent Schürk ist von einem französischen Offizier verhaftet und schwer mißhandelt worden, weil er Kindern verboten hatte, von der französischen Feldküche Essen entgegen zu nehmen. W. B. Essen, 9. Febr. Gestern Nachmittag versuchten die Franzosen, einen Schupo-Beamten, der nicht geküßt hatte, festzunehmen. Dieser floh. Ein französischer Posten legte auf ihn. Ein anderer Schupo-Beamter, der in der Nähe war, zog die Pistole und richtete sie auf den Franzosen. Der Franzose schickte nicht. Ein französischer Offizier sollte den französischen Posten in die Wache hinein.

Weitere franz. Truppen. W. B. Offen, 8. Febr. Dem städt. Beschleunigung wurde vom 8. ds. der 128. franz. Infanteriedivision mitgeteilt, daß in 3 bis 4 Wochen noch ein Bataillon, bestehend aus 3 Infanteriekompanien und einer Maschinengewehrkompanie aus Frankreich eintrifft würde.

Der Bergarbeiterstreik im Saargebiet greift weiter. W. B. Paris, 8. Febr. Die „Journes Industrielle“ aus M. h. erklärt, hat der Bergarbeiterstreik im Saargebiet nun auch auf das Mosel-Departement übergegriffen.

Frang. Eisenbahner. W. B. Paris, 8. Febr. Wie der „L'Express“ mitteilt, wird wegen einer Abweisung von 4500 französischen Eisenbahner, sämtlich freiwillige, nach dem besetzten Gebiet abgehen. Ferner zieht der Minister für öffentliche Arbeiten in Erwägung, eine Anzahl der anlässlich des Streiks im Jahre 1920 entlassenen Eisenbahner wieder im besetzten Gebiet zu verwenden.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Kauf. Druck und Verlag der B. Klotz'schen Buchdruckerei Altona.

**Ämliche Bekanntmachungen.**  
**Markt Verbot!**

Wegen Ausbruch der Maul- und Klauenseuche in Pödingen ist der Viehmarkt in Herrnsberg am 18. d. Mts. verboten worden.

Auch werden bis auf Weiteres die wöchentlichen Schweinemärkte in der Stadt Herrnsberg nicht mehr abgehalten.

Nagold, den 8. Februar 1923. Oberamt: Rüg.

**Handwerkskammerwahlen.**

Die Wahlen zur Handwerkskammer haben letztmals im Jahre 1910 stattgefunden. Gemäß § 103 c der Reichsgewerbeordnung hat in diesem Jahre die im Jahre 1915 gewählte Hälfte der Mitglieder auszufallen und es sind die Neuwahlen zum Ersatz dieser ausfallenden Mitglieder der Handwerkskammer und der ausfallenden Ersatzmänner einzuleiten.

Der Oberamtsbezirk Nagold gehört zum Handwerkskammerbezirk Reutlingen, wie auch die Oberämter: Balingen, Calw, Freudenstadt, Herrnsberg, Horb, Neuenbürg, Nürtingen, Oberndorf, Reutlingen, Rotenbühl, Rottweil, Spaichingen, Sulz, Tübingen, Tuttlingen und Urach.

Es ergeht an die in § 103 a Abs. 3 der Reichsgewerbeordnung und § 1 der Wahlordnung für die Handwerkskammer vom 31. Okt. 1899 (Reg. Bl. 1899 S. 787) bezeichneten gewerblichen Vereinigungen (Handwerkervereinigungen, Handwerksvereine, Handwerksvereine und Handwerksvereine, gemischte reine Handwerksvereine, d. h. Vereinigungen von Angehörigen verschiedener, nicht verwandter Handwerke, Gewerbevereine und sonstige nicht auf Handwerker beschränkte, gemischte gewerbliche Vereinigungen), welche im Oberamtsbezirk ihren Sitz haben, die Aufforderung, sich bis spätestens 15. März 1923 unter Führung des Reichswahleins der Wahlberechtigten der Wahlberechtigung und unter Nachweis der der Vereinigung angehörender Handwerker, zur Beteiligung an der Wahl für die Handwerkskammer beim Oberamt anzumelden.

Anmeldungen, welche nach dem 15. März 1923 erfolgen, können bei dieser Wahl nicht berücksichtigt werden.

Der Nachweis des einer Vereinigung angehörender Handwerker ist durch Vorlegung von Mitgliedsverzeichnissen nach folgendem Muster

Nachname	Vorname	Wohnort	Stand oder Gewerbe	Wenn der Betreffende nicht als selbständiger Handwerker anzusehen ist, in welchem Gewerbe?	Wohnt er in der Gemeinde?	Wohnort	Stand oder Gewerbe	Wenn der Betreffende nicht als selbständiger Handwerker anzusehen ist, in welchem Gewerbe?	Wohnt er in der Gemeinde?
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10

zu erbringen. In den betreffenden Rubriken sind diejenigen Mitglieder kenntlich zu machen, die nicht als selbständige Handwerker anzusehen, oder die nach § 2 der Wahlordnung (Reg. Bl. 1899 S. 788) als Angehörige weiterer wahlberechtigter Vereinigungen mehrfach stimmberechtigt sind.

Diejenigen Vereinigungen bedürfen der Anmeldung nicht, welche schon bei der letzten Wahl als wahlberechtigt anerkannt worden sind. Sie erhalten von hier aus eine besondere Aufforderung.

Von den Vereinigungen, (Innungen, Fachverbände usw.) und Abteilungen solcher (§ 1 Abs. 5 der Wahlordnung), die sich auf mehrere Oberamtsbezirke eines Kammerbezirks erstrecken, sind die Mitglieder nach Oberamtsbezirken und innerhalb dieser, nach Gemeinden je auf besonderem Blatt getrennt, anzuführen. Die Einreichung aller einen Kammerbezirk umfassenden Listen dieser Vereinigungen hat bei dem Oberamt des Sitzes der Vereinigung bzw. Vereinigungsabteilung zu erfolgen. Auch diese Anmeldungen müssen bis spätestens 15. März 1923 erfolgen und haben den allgemeinen Anforderungen zu entsprechen. (Siehe oben Absatz 5.)

Gewerbliche Vereinigungen, die lediglich die Erlangung besonderer Durchschnittspreise für Waren oder Leistungen oder eine gleichmäßige Verteilung von im Verbindungsweg vergebenden Arbeiten bezwecken (Zerfahrevereine usw.) können nicht als wahlberechtigt anerkannt werden.

Nagold, den 8. Febr. 1923. Oberamt: Rüg.

**Aufnahme in die Lehrerseminare.**

Folgt auf die Aufnahme wird unter Bezugnahme auf Staatsanzeiger Nr. 23. und 24. Januar, darauf hingewiesen, daß im März des April d. J. wieder eine Aufnahmeprüfung in die Lehrerseminare stattfindet. Die Anmeldungen sind bis zum 15. Febr. dem Bezirksschulamt vorzulegen. Nähere Anstalten, besonders auch über den Studiengang, erteilt der Unterrichtsamt gerne.

Nagold, den 7. Februar 1923. Studien-Direktor Diesterle.

**Elektrotechnik für Alle**

Eine vollständige Darstellung der Elektrizität mit 410 Abbildungen.

Ein umfassendes, allgemein verständliches Werk über das weite Reich der Elektrizität und ihre Anwendung.

Zu haben in der

W. Rieker'schen Buchhandlung, Altensteig.

**Altensteig. Todes-Anzeige.**



Unser innigstgeliebtes Kind

Gertrud Hedwig

ist gestern früh nach schwerer Krankheit im Alter von 4 Monaten sanft entschlafen.

Familie Eugen Iren.

Bestattung Samstag Vormittag 11 Uhr.

**Nagold. Löwen-Puppentheater**

Vorstellung

Samstag 8, 10, 4, 8 u. 8-15 Uhr

Der Apachen-Lord

Abenteuer Drama in 5 Akten.

Seitprogramm: Sackspiel in 2 Akten.

**Druckarbeiten**

für Behörden, Geschäfte u. Private liefert schnell und preiswert die W. Rieker'sche Buchdr.

Durch Beschluß des Hebammenvereins Nagold wurde infolge enormer Lurerei und Selbstverletzung die

**Vergütung für Hebammendienste**

rückwirkend ab 15. Januar 1923 auf 8000 Mark festgesetzt.



Eine feine Sendung preiswerter

**Korbwaren**

ist eingetroffen und empfehle in schöner Auswahl:

- offene Handkörbe in weiß blau u. dunkel bemalt
- Ein- und Zweifachdeckel-Marktkörbe, feiner
- Strick-Körbe
- Kinder-Körbe
- Wand-Körbe
- Messer-Körbe
- Bürsten-Körbe
- Näh-Körbe
- Brot-Körbe
- Obst-Körbe
- Brief-Körbe
- Papier-Körbe
- Wash-Körbe
- Reise-Körbe
- Blumen-Körbe
- Bogen-Körbe
- Stuhl-Körbe
- Versand-Körbe
- Palmenständer
- Tische, Bänke
- Liegestühle
- Rohrseessel etc. etc.

Fritz Bühler jr., Altensteig.

**Haben Sie Ihr Opfer der Nothilfe dargebracht?**

**Hausfrauen**

verwendet bei den hohen Preisen für Rasteebohnen

**Rasteeemischungen,**

die außer Maß einen hohen Prozentsatz Rasteebohnen enthalten. In verschiedenen Preislagen vorrätig in der

Löwen-Drogerie Nagold und Ebhausen.

**Gewerbeverein Altensteig.**

Am Sonntag, den 11. Februar, nachmittags 3 1/2 Uhr findet im Gasthaus zur Schwane hier die

**Generalversammlung**

statt, zu welcher wir unsere Mitglieder mit der Bitte um zahlreiche Beteiligung freundlichst einladen.

Der Ausschuss.

- Tagesordnung:**
1. Kassenbericht.
  2. Bericht über die Vereinsfähigkeit.
  3. Wahlen.
  4. Anträge und Beschlüsse.
  5. Verkauf alter Zeitschriften.

**Altensteig. Große öffentl. Versammlung!**

Am Samstag Abends 8 Uhr spricht im Schwane Saal Landtags-Abgeordneter Stetter

über das Thema

**Krieg oder Revolution!**

Die gesamte Einwohner- und Arbeiterschaft ist bestens eingeladen. Der Einberufer.

**Die Schmiedmeister**

des hiesigen Bezirks treffen sich am Samstag, nachm. 4 Uhr, in der „Schwane“ in Altensteig.

**Suche in Altensteig ein Wohnhaus**

zu kaufen. (Wird auf Wunsch in fremder Währung bezahlt.) Gebiete schriftl. Angebote unter „Wohnhaus“ an d. Geschäftsbüro.

**Altensteig. Dankfagung.**

Für die Beweise herzgl. Teilnahme beim Hinscheiden meiner l. Gattin, und unserer treubeforgten Mutter

**Pauline Helber**

geb. Bauer für den erhabenden Gesang des Jungfrauenchores, die vielen Blumen Spenden, sowie für die überaus zahlreiche Begleitung zu ihrer letzten Ruhestätte dankt im Namen der trauernden Familie die trauernde Witte Friedrich Helber mit seinen Kindern.

**Epielberg. Dankfagung.**

Für die Beweise wohlwollender Teilnahme beim Hinscheiden unserer lieben Mutter, Groß- und Schwiegermutter

**Christine Stichel, geb. Seeger**

für die tröstlichen Worte der Herrn Pastors am Grabe, den schönen Gesang des Jungfrauenchores und die zahlreiche Begleitung zu ihrer letzten Ruhestätte dankt herzlich die trauernden Hinterbliebenen.

**Inserate**

für die morgige Samstagnummer bitten wir mögl. rechtzeitig, größere schon heute, aufzugeben.